

gnügen, alle Tabaksorten kostenlos mitrauchen zu dürfen.

Trotz dieser Unzulänglichkeiten ist die Frage nach einem Neubau nicht sofort mit ja zu beantworten. Sandkastenspiele für einen Neubau werden seit Jahren immer wieder gemacht. Wenn überhaupt gebaut werden soll, vergehen durch die Suche nach einem geeigneten Grundstück, für einen Planungswettbewerb, Begutachtung und Prämierung, Erstellung von baureifen Unterlagen und die Bauzeit selbst rund fünf bis sieben Jahre bis zum Bezug.

Vorrangig ist daher zunächst die Verbesserung der jetzigen Verhältnisse. Im Haushaltsplan 1973 sind 600 000 DM unter anderem für eine Klimaanlage vorgesehen. Dieses Geld sollte in jedem Fall schleunigst investiert werden. Es wäre unter keinen Umständen zum Fenster hinausgeworfen, gleichgültig, ob sich der Landtag für oder gegen einen Neubau entscheidet. Die SPD-Fraktion hat die Beratung dieser Frage auf die Tagesordnung ihrer Sitzung am 4. Juni gesetzt.

F.D.P.: Jetzt muß entschieden werden

Hans Koch, Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion, begründet den Beschluß für den Neubau:

Zugegeben: Der Zeitpunkt der erneut aufgeflamten Diskussion über die Notwendigkeit eines Landtagsneubaus ist optisch denkbar ungünstig. Dennoch ist sie unumgänglich:

1. Die Entscheidung über eine Erweiterung des offensichtlich zu klein geratenen Bürohauses und über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im alten Ständehaus kann zuverlässig nur getroffen werden, wenn die Grundsatfrage definitiv geklärt ist;
2. die für einen Landtagsneubau geeigneten Grundstücke in Düsseldorf sind rar geworden, die Stadt Düsseldorf braucht für ihre weitere Stadtplanung ein eindeutiges Votum des Landtags.

Niemand kann bestreiten, daß das Ständehaus für ein sehr viel kleineres Gremium gebaut worden ist. Niemand kann bestreiten, daß die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten, die Landtagsverwaltung und die Fraktionsstäbe unzulänglich sind. Alle können davon ausgehen, daß das Land NW auch nach der Neugliederung des Bundesgebietes bestehen wird, und daß die Länder wegen der im Grundgesetz verankerten föderalistischen Struktur der Bundesrepublik wichtige Zuständigkeiten und Aufgaben behalten werden.

Also ist es falsch verstandene Sparsamkeit oder Mangel an Mut, wenn die Entscheidung für einen Neubau mehr als ein Jahrzehnt lang immer wieder hinausgeschoben worden ist. Die finanziellen Auswirkungen eines jetzt zu fassenden Beschlusses für den Neubau können über mehrere Haushaltsjahre verteilt werden; ja, der ganze Bau kann in einem konjunkturellen Abschwung aus der Konjunkturausgleichsrücklage finanziert werden.

Die Kosten eines Umbaus des Ständehauses sind kaum zu schätzen. Im Falle des Neubaus können das Bürohaus durch die Landesregierung und der Verbindungstunnel zwischen Bürohaus und Altbau als Fußgängertunnel unter der Brückenauffahrt genutzt werden.

Porträt der Woche

Obwohl sein Haupttätigkeitsfeld seit vielen Jahren der Düsseldorfer Landtag ist, hat er seine politische Arbeit an der parlamentarischen Basis, in der Gemeinde, nicht vergessen: Fritz Denks (61), Abgeordneter der SPD und einer der Altgedienten seiner Partei. Das Vertrauen, das er ausstrahlt, und sein Bedürfnis, sich für die sozialen Belange anderer stark zu machen, haben den Ausschlag gegeben, daß die sozialdemokratische Fraktion ihn für ein ehrenvolles Amt ausersah. Fritz Denks ist Mitglied des Präsidiums des Landtags.

Der heute 61jährige ist in Mülheim an der Ruhr zu Hause. Dort hat er lange im Rat der Stadt als Stadtverordneter gewirkt und war fünf Jahre Bürgermeister. Die Sorgen um das Geschick der Kommune, das Mitbestimmen des Werdegangs seiner Heimatstadt im Ruhrgebiet, haben Denks' politisches Handeln und Denken so stark beeinflusst, daß er es als eine seiner wichtigsten Aufgaben auf Landesebene ansieht, sich für die Gemeinden stark zu machen. Er will, wie er selbst sagt, dabei kein Briefträger sein, sondern aktiv mithelfen, mehr Kontakte zwischen den Parlamentariern in Düsseldorf und den Ratsvertretungen draußen im Land herzustellen. Ratsarbeit ist für Fritz Denks keine Nebenbeschäftigung. Er betont, daß die Tätigkeit im und für den Rat einer Stadt heute einen großen Teil der Zeit eines Kommunalpolitikers einnimmt. In der geänderten Gemeindeordnung, ein entsprechender Gesetzentwurf wird zur Zeit beraten, soll diese parlamentarische Tätigkeit in den Stadtparlamenten entsprechende Würdigung erfahren, was sich nach den Worten Denks auch finanziell niederschlagen soll.

Der Abgeordnete Fritz Denks kam 1966 in den Landtag. In den ersten vier Jahren gehörte er dem Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung sowie dem Petitionsausschuß an. Zur Zeit ist er Mitglied im Ausschuß für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Angelegenheiten



Fritz Denks (SPD)
Mitglied des Präsidiums

der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie im Sportausschuß. Als Präsidiumsmitglied kümmert er sich, wie er sagt, unter anderem auch um die soziale Situation der Bediensteten des Landtags.

Fritz Denks wurde am 26. Oktober 1911 in Mülheim geboren. Nach dem Schulbesuch erlernte er den Beruf eines Pflasterers. 1941 zur Wehrmacht eingezogen, ereilte den Artilleristen das Schicksal so vieler Soldaten. Er wurde im Osten schwer verwundet und verlor einen Fuß. Körperlich so gehandicapt, konnte Fritz Denks seinen alten Beruf nicht mehr ausüben. Er trat deshalb in die Dienste der Stadtverwaltung Mülheim ein. 1950 wechselte er jedoch zur Allgemeinen Ortskrankenkasse, um die Möglichkeit zu haben, als Ratsmitglied die Kommunalpolitik mitzubestimmen. Er ist Träger des Ehrenrings der Stadt Mülheim.

Zur SPD ist Denks im Jahr 1929 gestoßen. Ausschlaggebend für seinen Eintritt in die sozialdemokratische Partei waren Gespräche mit jungen Sozialdemokraten, die er als Mitglied der Jugendbewegung auf Wanderungen führte. Auch heute macht der Vater von vier Kindern, der sich 1975 vom politischen Leben in Düsseldorf zurückziehen will, um jüngeren Platz zu machen, noch gerne einen ausgedehnten Spaziergang durch das reizvolle Ruhrtal.

Eckhard Hohlwein